

Oppositionelle verhaftet

Innerhalb von zwei Wochen verhafteten die Sicherheitsbehörden zehn Anhänger des inhaftierten Oppositionsführers Anwar Ibrahim. Die Verhaftungen fanden aufgrund des Gesetzes zur Inneren Sicherheit (Internal Security Act — ISA) statt. Dieses Sicherheitsgesetz, ein Relikt aus britischen Kolonialzeiten, erlaubt es, Personen bis zu zwei Jahren ohne Anklageerhebung und Gerichtsverfahren zu inhaftieren, wenn sie der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit beschuldigt werden. Die meisten der Inhaftierten hatten zuvor eine Demonstration anlässlich des zweiten Jahrestages der Verurteilung Anwars organisiert. An

der Kundgebung Mitte Mai 2001 hatten Tausende gegen das drakonische Sicherheitsgesetz und für die Freilassung politischer Gefangener demonstriert. Die Demonstration, die unter starkem Polizeiaufgebot stattfand, verlief friedlich. Den Verhafteten wird jedoch vorgeworfen, sie hätten einen gewaltsamen Umsturz der Regierung geplant. Sieben der zehn Gefangenen gehören der Oppositionspartei Keadilan (Gerechtigkeit) an, die von Anwars Frau, Wan Azizah Wan Ismail, geführt wird. Nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen protestierten gegen die Verhaftungen.

Anfang Juni wurden drei der Festgenommenen auf freien Fuß gesetzt. Bei zwei von ihnen wurde dies aufgrund eines Gerichtsbeschlusses erreicht, was ein Novum in Malaysia darstellt. Allerdings wurde bei vier wichtigen Oppositionsführern eine Internierung angeordnet. Dies bedeutet, dass sie ohne Gerichtsverhandlung einer zweijährigen Haft entgegensehen. Die Inhaftierten sind Tian Chua, Keadilan-Vizepräsident, Mohamad Ezam Mohd Noor, Chef der Jugendorganisation, Saari Sungib und Hishammuddin Rais.

vgl. *BBC News Online* 21.4.2001;
Malaysiakini 8.5.2001;
www.suaram.org/isa/index.htm

Ausschluss wegen Verdacht der Korruption

Die Regierungspartei *United Malay National Organisation* (UMNO) hat sechs Parteifunktionäre wegen des Verdachts der Bestechung aus der Partei ausgeschlossen. In einem parteiinternen Verfahren vor einem Disziplinarausschuss wurden die sechs Funktionäre wegen versuchtem Stimmenkauf schuldig gesprochen. Sie sollen durch Bargeldzahlungen und Einladungen zu Auslandsreisen versucht haben, die Parteiämterwahl auf Bezirksebene zu beeinflussen. Premierminister Mahathir begrüßte öffentlich die Entscheidung des Ausschusses und rief seine Partei erneut auf, korrumpierende Parteiführer nicht zu unterstützen. Die innerparteiliche Willensbildung müsse frei von Stimmenkauf werden, so Mahathir. Der Premierminister macht die Korruption innerhalb der UMNO für die Stimmenverluste bei den letzten Wahlen verantwortlich. Die Partei hatte bei den Parlamentswahlen im November 1999 22 Sitze verloren.

vgl. *Malaysiakini* 7.5.2001

Castro besucht Malaysia

Auf seiner Tour durch eine Reihe arabischer und asiatischer Staaten stattete Kubas Präsident, Fidel Castro, auch Malaysia einen dreitägigen Staatsbesuch ab. Während seines Aufenthalts traf sich Castro mit Geschäftsleuten und Wissenschaftlern. Auch ein Gespräch mit Malaysias Premierminister, Mahathir Mohamad, stand auf der Tagesordnung. Die beiden Länder un-

terzeichneten eine Vereinbarung, in der sie eine stärkere Zusammenarbeit auf den Gebieten Handel, Wissenschaft und Technologie vereinbarten. Der kubanische Staatspräsident, der auf seiner Auslandsreise wiederholt die USA kritisiert und vor den Gefahren der Globalisierung gewarnt hatte, lobte, was er »Malaysias Geist der Rebellion« nannte.

vgl. *BBC News Online* 13.5.2001

Keine weiteren Anklagen gegen Anwar

Es wird keine weiteren Verfahren gegen den ehemaligen Vizepremier Anwar Ibrahim wegen Korruption und homosexueller Sexpraktiken, die in Malaysia unter Strafe stehen, geben. Anwar war bereits im April 1999 wegen ähnlicher Vergehen zu einer fünfzehnjährigen Haftstrafe verurteilt worden. Die Staatsanwaltschaft verzichtete nun darauf, Anklage in fünf weiteren Fällen zu erheben. Seit seinem Sturz im Herbst 1998 hat Anwar immer wieder betont, er sei das Opfer einer politischen Intrige.

vgl. *BBC News Online* 12.5.2001

Rückgang der Produktion

Nach Angaben des Amtes für Statistik schrumpfte Malaysias Warenproduktion im ersten Quartal um 10 % im Vergleich zum Vorjahr. Wirtschaftswissenschaftler machten die verringerte amerikanische Exportnachfrage für den Rückgang der Produktion verantwortlich. Fast 21 % der malaysischen Exporte gehen in die USA. Besonders stark betroffen von der verringerten Nachfrage am amerikanischen Markt ist die Elektronikindustrie. Aussagen eines Beamten des Ministeriums für Humanressourcen zufolge verlieren zur Zeit monatlich 15.000 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz in der Elektronikindustrie.

vgl. *Malaysiakini* 8.5.2001

nachrichten

Vajpayee auf Staatsbesuch

Der indische Premierminister Atal Behari Vajpayee befand sich zu einem dreitägigen Staatsbesuch in Malaysia. Am 14. Mai 2001 begrüßte der malaysische Premierminister Mahathir seinen indischen Amtskollegen in der neuen Verwaltungshauptstadt Putrajaya. Begleitet wurde Vajpayee von einer 135-köpfigen Delegation, unter der sich 75 Vertreter der indischen Wirtschaft befanden. Die Gespräche drehten sich vor allem um die gemeinsamen Geschäfts- und Wirtschaftsbeziehungen. Vereinbart wurde unter anderem, dass Indien eine 300 kilometer lange Eisenbahnstrecke von der malaysischen Stadt Ipoh zur thailändischen Grenze baut. Malaysia will dafür mit Palmöl bezahlen. Die Kosten des Projekts werden auf 1,3 bis 1,5 Milliarden US-Dollar veranschlagt. Daneben verständigten sich Malaysia und Indien auf die Zusammenarbeit beim Bau indischer Häfen und im Bereich der Informationstechnologien. Indische Offizielle verbanden mit dem ersten Staatsbesuch Vajpayees in Malaysia die Hoffnung, verstärkten Zugang zu den südostasiatischen Märkten zu erhalten. Neben den Wirtschaftsbeziehungen standen bei den Gesprächen zwischen Mahathir und seinem indischen Amtskollegen auch die Themen Globalisierung und Sicherheit auf der Tagesordnung.

vgl. *Catcha.Com News* 14.5.2001

nach richten

Ende der Kapitalkontrollen

Anfang Mai 2001 hob die malaysische Regierung die letzten verbliebenen Kontrollen ausländischen Investitionskapitals auf. Die Ausfuhr von Gewinnen aus Investitionen wird fortan nicht mehr mit einer zehnzehnten Steuer belegt. Die Steuer war Teil einer Reihe von protektionistischen Maßnahmen, die die malaysische Wirtschaft vor internationalen Finanzspekulationen schützen sollten. Malaysia hatte 1998 auf die sogenannte Asienkrise 1997 mit verstärkten Währungs- und Investitionskontrollen reagiert und sich damit gegen die Forderungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) nach einer verstärkten Liberalisierung der Märkte gewandt. Der malaysische Sonderweg war national und international heftig kritisiert worden. Malaysia scheint die Krise jedoch besser überwunden zu haben als seine südostasiatischen Nachbarn. Seit 1999 wurden die Restriktionen jedoch wieder nach und nach gelockert. Der malaysische Aktienmarkt reagierte vorsichtig optimistisch auf Aufhebung der Ausfuhrsteuer, die Kurse stiegen. Die meisten Investoren rechnen jedoch nicht mit einem unmittelbaren Anstieg der ausländischen Direktinvestitionen.

vgl. *BBC News Online* 2.5.2001

Modernisierung der Streitkräfte

Die Regierung setzt weiter auf die Modernisierung der Streitkräfte. So wird Malaysia elf französische Kampfhubschrauber des Typs Fenec im Werte von 95 Millionen US-Dollar kaufen, dies gab der Verteidigungsminister Datuk Seri Najib Tun Razak gegenüber der malaysischen Presse bekannt. Innerhalb der nächsten zwei Jahre sollen die Hubschrauber für die malaysische Luftwaffe erworben werden. Die malaysische Marine verfügt bereits über sechs Hubschrauber desselben Typs. Die Regierung hatte im letzten Jahr verkündet, sie werde ihre Verteidigungsausgaben erhö-

hen, um die Feuerkraft ihrer Streitkräfte zu steigern. Der Verteidigungsminister stellte weitere Käufe von schwerer Artillerie, Hubschraubern und Schiffen in Aussicht. Unterdessen hat der stellvertretende Verteidigungsminister, Datuk Mohamed Shafie Apdal, vor dem Parlament darauf hingewiesen, dass Malaysia auch an der virtuellen Front verteidigungsfähig werden müsse. Zu diesem Zweck wurde eine Sondereinheit geschaffen, die sich mit Gefahren eines »Cyber Wars« beschäftigen solle.

vgl. *The Strait Times Interactive*
8.5.2001

Abschaffung des Quotensystems an Universitäten?

Premierminister Mahathir Mohamad stellt das Quotensystem an malaysischen Universitäten in Frage. Nach dem bisher geltenden System sind 55 Prozent der Studienplätze an öffentlichen Universitäten für die sogenannten »Bumiputeras« (Söhne der Erde) reserviert. Unter diese Kategorie fallen die ethnischen Malaien und die indigenen Völker Malaysias. Malaysische Staatsbürger chinesischer Abstammung dürfen nach den bisherigen Regelungen nicht mehr als 35 Prozent der Studierenden stellen. Ähnliches gilt für Mitglieder der indischen Gemeinde Malaysias, deren Anteil auf zehn Prozent beschränkt ist. Ziel des Quotensystems ist, dass die verschiedenen Ethnien entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung an den Universitäten vertreten sind. Vor allem den Malaien sollte durch bessere Bildungsabschlüsse der soziale Aufstieg ermöglicht werden.

Die Zugangsbeschränkung nach ethnischen Kriterien war in der Vergangenheit wiederholt auf Kritik gestoßen, der sich nun auch die Regierungskoalition der Barisan Nasional unter Führung von Premierminister Mahathir angeschlossen hat. Offenbar befürchtet die Regierung eine Abwanderung qualifizierter Chinesen und Inder, denen der Zugang zu öffentlichen Universitäten aufgrund des Quotensystems verwehrt bleibt. In diesem Jahr waren hunderte von chinesischen und indischen Bewerbern an malaysischen Universitäten abgelehnt worden. 7000 Studienplätze konnten bisher nicht besetzt werden, da es an malaiischen Kandidaten mangelte.

vgl. *Catcha.Com News* 6.5.2001

Mehr Nichtmalaien in die Armee

Premierminister Mahathir will notfalls durch die Einführung der Wehrpflicht für Malaysier chinesischer und indischer Abstammung deren Anteil in den Streitkräften erhöhen. Zur Zeit dienen nur etwa zehn Prozent Nichtmalaien in den verschiedenen Waffengattungen. Malaien sind in allen Rängen übermäßig hoch vertreten. Mahathir machte für den geringen Prozentsatz chinesischer und indischer Soldaten die im Vergleich zum privaten Sektor schlechteren Bezahlungen in der Armee verantwortlich.

Durch den Dienst in den Streitkräften könnten die Nichtmalaien ihren Patriotis-

mus unter Beweis stellen. Interessensvertretungen der Nichtmalaien machten dagegen darauf aufmerksam, dass jugendliche Inder und Chinesen der Armee fernbleiben, da sie fürchten, diskriminiert zu werden. Der Eindruck, es mangle an Aufstiegschancen für Chinesen und Inder im Militär, sei das eigentliche Problem. Sie mahnten eine größere Transparenz in der Personalpolitik der Armee an. Zudem müsse die Regierung verstärkt für den Militärdienst unter jungen Chinesen und Indern werben.

vgl. *The Strait Times Interactive*
8.5.2001

Verfahren gegen Anwars Verteidiger

Einer der Rechtsanwälte des Oppositionsführers Anwar Ibrahim muss sich nach einer Entscheidung des Obersten Gerichts wegen Anstiftung zum Aufruhr vor Gericht verantworten. Der Anwalt Karpal Singh hatte im Verfahren gegen den ehemaligen Vizepremierminister den Verdacht geäußert, sein Mandant sei im Gefängnis Opfer eines Giftanschlages geworden, hinter dem wahrscheinlich Personen in hohen Positionen ständen. Namen nannte Karpal jedoch nicht. Die Regierung bestritt vehement diesen Vorwurf. Eine unabhängige medizinische Untersuchung konnte keine Ar-

senvergiftung nachweisen. Sollte Karpal, der auch Vizevorsitzender der Oppositionspartei Democratic Action Party (DAP) ist, verurteilt werden, drohen ihm bis zu drei Jahren Haft. Karpal forderte die Regierung auf, die Anklage fallen zu lassen. Es sei ohne Beispiel, einen Anwalt wegen Äußerungen zu belangen, die in einem Verfahren getätigt worden seien, so Karpal. Ab Mitte Oktober muss sich Karpal vor Gericht verantworten. Zu dem Prozess wollen fünf internationale Gruppen, u.a. Amnesty International, Beobachter entsenden.

vgl. *Catcha.Com News* 8.5.2001